

<b>Zeitschrift:</b>	Curaviva : Fachzeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
<b>Band:</b>	75 (2004)
<b>Heft:</b>	4
<b>Artikel:</b>	Jean-François Steiert setzt sich für eine neue Kostenverteilung ein : brisanter Vorschlag : Erbschaftssteuer für die Pflegefinanzierung
<b>Autor:</b>	Rizzi, Elisabeth / Steiert, Jean-François
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-804413">https://doi.org/10.5169/seals-804413</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Jean-François Steiert setzt sich für eine neue Kostenverteilung ein

## Brisanter Vorschlag: Erbschaftssteuer für die Pflegefinanzierung

■ Elisabeth Rizzi

**Um die Langzeitpflege sozialer zu finanzieren, soll zusätzlich zur Grundversicherung eine nationale Erbschaftssteuer eingesetzt werden. Dies fordert Jean-François Steiert, Präsident der Patientenorganisation «Gesundheit muss bezahlbar bleiben».**

■ *Herr Steiert, wie wollen Sie im Alter leben?*

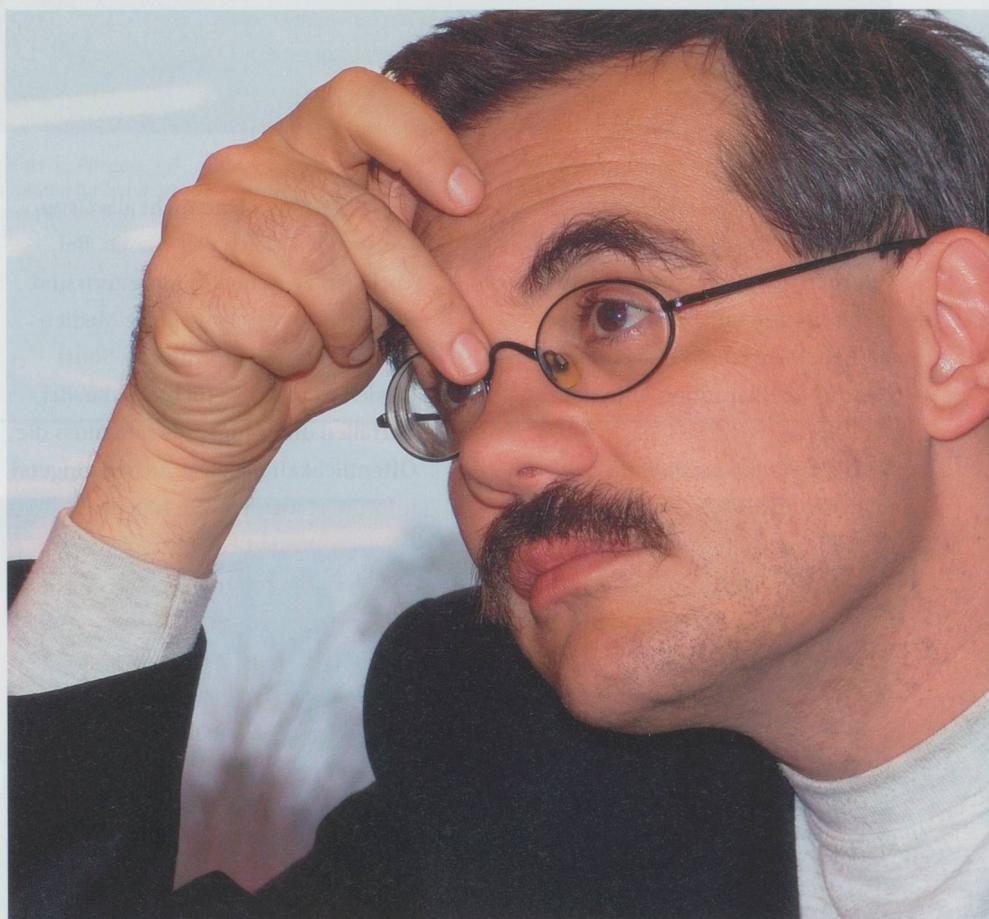
Jean-François Steiert: Ich finde es paradox, dass sich immer mehr Menschen über Einsamkeit beklagen, gleichzeitig aber Strukturen ablehnen, die einen engen Kontakt mit anderen Leuten ermöglichen. Deshalb hoffe ich, dass ich im Alter gemeinsam mit anderen Menschen leben werde, so wie ich es während meiner Studienzeit in WGs getan habe.

■ *Und wenn Sie den letzten Lebensabschnitt in einem Pflegeheim verbringen müssen?*

Steiert: Ich habe lange als Journalist gearbeitet und kann daher mit einer statistischen Lebenserwartung von 59 Jahren rechnen. Damit bestehen wenig Aussichten, ins Pflegeheim zu kommen. Aber in der Realität lässt sich das natürlich nicht voraussagen. Ich glaube allerdings: Wichtig ist nicht die Frage Pflegeheim oder nicht Pflegeheim, sondern eine gesunde Einstellung gegenüber dem Tod.

■ *Wie meinen Sie das?*

Steiert: Als Werkstudent habe ich mein Geld unter anderem als Totengräber



Jean-François Steiert: «Ich habe Mühe damit, dass sich eine Gesellschaft Steuergeschenke leistet, aber nicht dazu bereit ist, die Betagten zu pflegen.»

Fotos: Robert Hansen

verdient. Einmal habe ich anderthalb Meter tief an einem Grab geschaufelt. Da kam plötzlich ein Kind angerannt und wollte schauen, ob man den Toten darin noch erkennt. Gleich darauf wurde es von seiner Mutter weggezogen. Sie war wütend, weil das Kind überhaupt so nahe ans Grab heran durfte. Dabei war es bloss neugierig.

Wir Erwachsenen verdrängen den Tod zu stark. Wir sollten uns viel früher im Leben mit dem Tod beschäftigen – mit der Vorstellung, wie wir unser Lebensende gestalten wollen – nicht erst wenn wir in ein Pflegeheim müssen.

■ *Haben Sie eine Patientenverfügung verfasst?*

Steiert: Ja, denn ich möchte nicht zu Tode gepflegt werden. Leider machen das aber noch zu wenige Leute.

Wichtig ist, dass die Patientenverfügung nicht in erster Linie mit dem Ziel der Kostenreduzierung gefördert wird, sondern um den Einzelnen dazu zu bringen, sich zeitig mit der Frage der Voraussetzungen für ein würdiges Lebensende befassen.

■ *Margrit Kessler, die Präsidentin der Schweizerischen Patientenorganisation, hat kürzlich gesagt, die Kosten für die Langzeitpflege wären massiv tiefer, wenn mehr Menschen rechtzeitig niederschreiben würden, wann sie lebensverlängernde Massnahmen nicht mehr wünschen.*

Steiert: Meines Wissens belegen keinerlei Studien eine solche These in dieser zugespitzten Form. Ein gewisses Sparpotenzial ist sicher da, aber man muss auch bedenken: Nur eine kleine Minderheit aller Leute braucht tatsächlich im entscheidenden Augenblick die Patientenverfügung. Ein Teil der Verfasser stirbt einen plötzlichen Tod. Ein weiterer Teil überlegt es sich im entscheidenden Augenblick doch anders. Und schliesslich kommt es leider auch immer wieder vor, dass eine Patientenverfügung vom medizinischen Personal und den Angehörigen nicht befolgt wird.

■ *Der medizinische Fortschritt nimmt den Menschen immer mehr die Möglichkeit, auf natürliche Art zu sterben. Wie sollen sich Betagte in dieser Situation verhalten?*

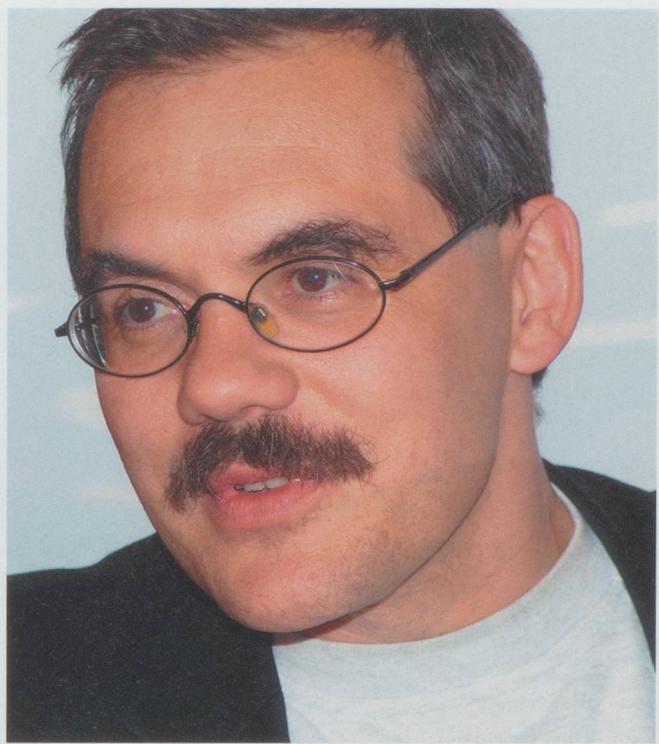
Steiert: Wo setzen Sie die Grenze zwischen natürlichem und unnatürlichem Sterben? Das subjektive Empfinden für diese Frage hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Es ist mehr denn je eine Sache des Einzelnen, was als würdig betrachtet wird. Wenn ein Leben verlängert werden kann und die betreffende Person noch rüstig ist, gibt es dagegen nichts einzuwenden. Abgesehen davon

4/2004 CURAVIVA

21

ALTER

«Die Jungen leisten vermutlich wegen des ökonomischen Drucks immer weniger Freiwilligenarbeit.»



ist ein langes Leben ja auch nicht automatisch kostensteigernd. Die höchsten Gesundheitskosten verursacht ein Mensch statistisch gesehen erst in den letzten beiden Lebensjahren, und dies einigermassen unabhängig vom Alter ...

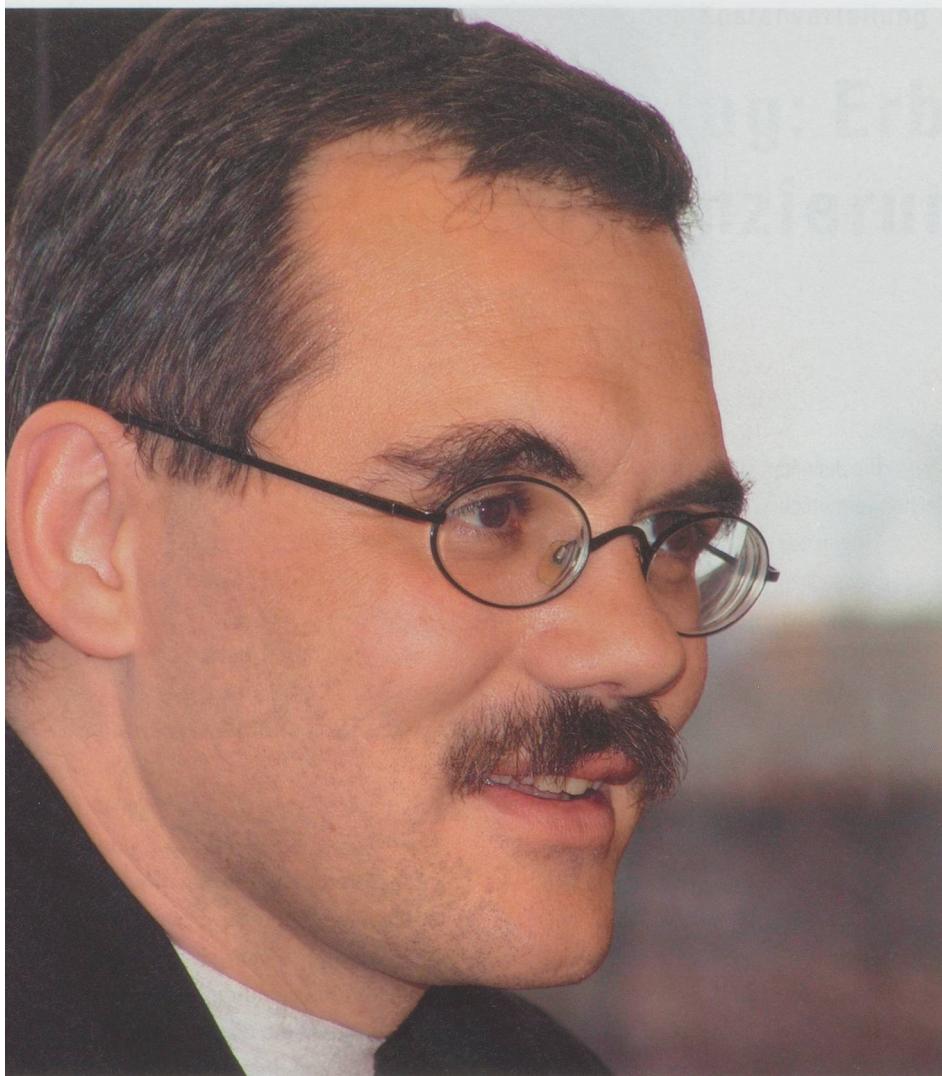
■ *... und können nicht mehr von den Krankenkassen gedeckt werden, da sonst die Prämien nochmals markant steigen würden. Wer wird Ihren zukünftigen Aufenthalt im Pflegeheim finanzieren?*

Steiert: Meines Erachtens wird mit dem Szenario der überalterten Bevölkerung stark übertrieben. Wenn die Baby-Boom-Generation erst einmal weggestorben ist, wird sich das Verhältnis zwischen Jungen und Alten wieder stabilisieren. Das wird oft vergessen. Das eigentliche Problem sind die zehn bis zwanzig Jahre, in denen tatsächlich das Verhältnis von Zahlenden und Leistungsempfängern unausgeglichener ist und weniger Junge mehr Betagte finanzieren sollten. Hier muss sich die Gesellschaft fragen, ob sie während dieser Periode bereit

ist, mehr auszugeben als einzunehmen. Ich habe Mühe damit, dass sich eine Gesellschaft Steuergeschenke an die obersten Einkommen leistet, aber nicht dazu bereit ist, die Betagten zu pflegen.

■ *Die Kosten für die Pflegefinanzierung sind zwischen 1996 und 2001 von 793 auf 1530 Millionen Franken hochgeschnellt. Sehen Sie andere Möglichkeiten, die Pflegekosten zu finanzieren als über die Grundversicherung?*

Steiert: Derzeit bezahlen die Krankenkassen nur rund 20 Prozent der anfallenden Pflegekosten. Weitere 15 Prozent werden von Ergänzungsleistungen gedeckt. Es gibt kaum ein Land in Europa, in dem sich die öffentliche Hand so wenig an der Finanzierung der Pflege beteiligt wie die Schweiz. Zudem verliert die Freiwilligenarbeit immer mehr an Beliebtheit. Dabei entsteht ein Loch, das jemand stopfen muss. Als Erstes sollte sicher der Rationalisierungsspielraum genutzt werden, doch vermag Rationalisierung auf dem jetzigen Effizienzstand höchstens eine weitere Kostensteige-



rung zu vermindern. Für mich steht deshalb eine Zusatzfinanzierung im Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen im Vordergrund.

#### ■ Wie soll das gehen?

Steiert: Beispielsweise könnte eine nationale Erbschaftssteuer dazu eingesetzt werden, die Pflege mitzufinanzieren. Die Jungen leisten wegen des ökonomischen Druckes immer weniger Freiwilligenarbeit. Da wäre es doch nur mehr als recht, wenn sie einen Teil des geerbten Geldes an die Pflegefinanzierung abgeben würden. Ich bin zuversichtlich, dass eine derartige Gegenbewegung zum heute grassierenden totalen Individualismus wächst.

#### ■ Was halten Sie von der Idee, eine Pflegeversicherung zu schaffen, die von der Grundversicherung losgekoppelt wird?

Steiert: Klar haben besonders Familien aus tieferen sozialen Schichten immer mehr Schwierigkeiten, die Krankenkassenprämien zu bezahlen. Ich bin aber trotzdem dafür, die Pflege weiterhin über die Grundversicherung zu finanzieren. Zum einen glaube ich, dass der Druck auf die Institutionen weiter wächst, wenn die Pflegefinanzierung ausgegliedert wird. Zum anderen wird die Solidarität gestärkt, wenn sich alle Generationen an der Finanzierung beteiligen. Allerdings sollte diese Finanzierung solidarisch geschehen, also eben über beispielsweise den Einbezug einer schweizweiten

«Heute leisten Frauen den grössten Teil der Freiwilligenarbeit.»

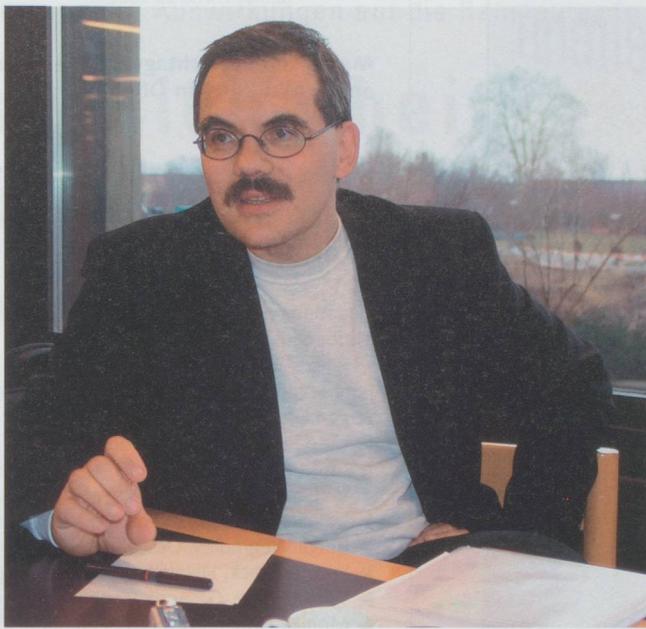
ten Erbschaftssteuer. Weniger sozial, aber auch prüfenswert wäre eine Finanzierung über zusätzliche Mehrwertsteuerprozente, die kleine und mittlere Einkommen gegenüber der heutigen Kopfprämie entlasten könnte.

#### ■ Könnte es auch Abgrenzungsprobleme geben, wenn Pflegeleistungen getrennt von medizinischen Behandlungen finanziert würden?

Steiert: Ja klar, ein solches System würde in der Praxis zu Absurditäten führen: Statt einer Person könnten drei verschiedene Personen einen Patienten behandeln, weil die Leistungen unterschiedlich verrechnet werden müssen. Ansätze davon sieht man ja bereits heute bei der Spitex. Werden Spitexleistungen nicht vergütet, holt man halt rasch noch einen Arzt.

#### ■ Sie haben vorher gesagt, die Freiwilligenarbeit verliert an Attraktivität. Wie kann man dem entgegensteuern? Könnten Sie sich ein obligatorisches Sozialjahr vorstellen, in dem alle zu irgendeiner Zeit des Lebens eine soziale Aufgabe erfüllen müssen – so wie der Militärdienst?

Steiert: Heute leisten Frauen ja bereits den grössten Teil der Freiwilligenarbeit. Wenn man sie nun zusätzlich noch für ein Sozialjahr einzieht, schafft man eine zusätzliche Diskriminierung. Aber wenn man diesen Widerspruch überwinden kann, mit dem Solidaritätsgedanken argumentiert und so ein Gegengewicht zur monetarisierten



«Wir sollten uns viel früher im Leben mit dem Tod beschäftigen.»

Gesellschaft setzt, könnte der Gedanke zukunftsweisend sein. Daneben könnte Freiwilligenarbeit auch mit entsprechenden Anreizen attraktiver gemacht werden.

#### ■ Wie?

Steiert: Zum Beispiel mit Steuererleichterungen für die Leistung von Freiwilligenarbeit. Das ist vermutlich der einzige Hebel, der schnell Wirkung

### «Die Alten sind auch eine Chance»

Unter dem Titel «Wie pflegen wir in Zukunft die Betagten?» veranstaltete die Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik (SGGP/SSPS) am 8. März in der Universität Zürich Irchel eine Tagung. Altern, so waren sich die Referierenden einig, sei erstens ein wachsendes und globales Phänomen und zweitens auch eine Chance. «Betagte fördern auch das Wirtschaftswachstum und den Konsum», sagte die Freiburger Regierungsrätin Ruth Lüthi. Deshalb dürfe der Staat seine Verantwortung für die Einkommenssicherung im Alter nicht abgeben. Denn die Risiken für eine private Selbstverantwortung im Alter seien zu gross und für ein Individuum zu wenig kalkulierbar.

«Arme sterben früher», sagte Carlo Knöpfel, Leiter Bereich Grundlagen beim Hilfswerk Caritas. Schuld daran tragen soziale Faktoren, die soziale Lage im Alter und der aus dem Lebensstil resultierende Gesundheitszustand. Es müsste darum im Interesse der Gesellschaft liegen, soziale Ungleichheiten abzubauen.

Es sei zu erwarten, dass die Lebenserwartung stärker ansteigen werde, als angenommen, prognostizierte François Höpflinger, Professor am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Weil dies vor allem Menschen aus höheren sozialen Schichten betreffe, sei mit einer längeren körperlichen Gesundheit zu rechnen. Allerdings komme es in diesem Fall öfter zu hirnorganischen Schäden wie Demenz. Das stelle eine grosse Herausforderung an die Pflege dar, weil das heutige Angebot nicht dem zu erwartenden wachsenden Bedarf entspreche. (erj)

zeigt. Das bestätigen die Erfahrungen aus den Kantonen, in denen bereits solche Abzugsmöglichkeiten existieren. Allerdings muss man sowohl bei der Freiwilligenarbeit wie auch beim Sozialjahr bedenken, dass der Einspar-Effekt nicht so gross ist, wie sich dies einige vorstellen, weil nicht alle pflegerische Arbeit von Laien erledigt werden kann. Laien sind immer nur eine Ergänzung zur professionellen Pflege.

■ Nun, da die KVG-Revision gescheitert ist, würde sich eigentlich die Gelegenheit bieten, innovative Lösungen für die Langzeitpflege zu propagieren. Was sind diesbezüglich die nächsten Schritte der Patientenorganisation «Gesundheit muss bezahlbar bleiben»?

Steiert: Die Patientenorganisationen sind zurzeit mit dem eidgenössischen Departement des Innern in Diskussion über ein Moratorium des Kostenwachstums im Pflegebereich. Wenn dieses auf ein bis zwei Jahre begrenzt wird und wenn die heutigen Kosten indexiert und der Kostenentwicklung angepasst werden, dann sind wir mit einer solchen Lösung einverstanden. Langfristig streben wir eine neue Kostenverteilung an. Dabei favorisieren wir eine Finanzierung über eine nationale Erbschaftssteuer sowie in zweiter Priorität über andere Steuereinnahmen. Verhindert werden muss eine Lösung, bei der die falsche Person zum falschen Zeitpunkt eine Patientin oder einen Patienten pflegt. Deshalb schlagen wir auch vor, dass alle Leistungen der ambulanten, der stationären Pflege und der Spitäler zu den gleichen Ansätzen entgolten werden.

Der Historiker Jean-François Steiert war zwischen 1998 und 2000 Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Heute ist er Präsident der Patientenorganisation «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» und Delegierter für interkantonale Angelegenheiten im Kanton Waadt.